

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.: Dr. K. K. K.

Abonnementpreis einschließlich Frachtgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Weitzingplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitzingplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die oberste Kommazeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die übrigen Kommazeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufg. Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Keine Verpfändung per Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 30 Pf.

Nr. 165

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1920

31. Jahrg.

Aus den Akten des Untersuchungsausschusses

Der zweite Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung, der sich mit der besonderen Frage zu beschäftigen hatte, ob die Friedensmöglichkeiten, die sich aus Wilsons Aktion ergaben, mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt worden seien, hat jetzt seinen Bericht und als Anlage dazu eine Reihe interessanter Telegramme aus dem Februar/März 1917 erscheinen lassen. Dieser Bericht ist von Genossen Dr. Singheim erstattet und mit einigen Änderungen von der Mehrheit der Kommission genehmigt worden. Derselbe Mehrheitsbericht schließt sich ein Minderheitsbericht des deutschnationalen Abg. Schulz, Bromberg, an und die Zusätze der Sachverständigen Dietrich Schäfer, von Mühlberg, Bonn und Otto Goeschel. Der Mehrheitsbericht folgt dem Ergebnis der Untersuchung in folgende Sätze zusammen:

In der durch die Friedensaktion Wilsons 1. im Winter 1916/17 geschaffenen Gesamtlage waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß es möglich sei, zu Friedensbedingungen zu gelangen. Die Reichsregierung hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt. 2. Die Gründe dafür, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, liegen in dem Befehl über die Entsendung des ungeschickten U-Bootkrieges vom 9. Januar 1917.

Der Bericht stellt noch einmal die bekannten geschichtlichen Ereignisse klar. Auch nach der Antwort der Entente auf den deutschen Friedensangebot vom 13. Dezember zeigte Wilson seine Unwillingkeit, den Frieden zu erzwingen. Die Reichsregierung hat jedoch den deutschen Seite keinerlei Unterstützung, weil sie die U-Boote mehr und mehr die Oberhand gewonnen hatten. Darum wurde auch die deutsche Seite über die Bedeutung der damaligen Wilsons in einer unrichtigen Weise informiert, die der Ausschussbericht feststellend nennt. Während Wilsons Wilson zu seinem Friedensschritt aufgefordert hat, wurde der Reichsregierung es handelte sich um eine selbstherrliche Einmischung Wilsons, die man sich bedürfen mußte.

In ähnlicher Weise wurden später die Gutachten gegen den U-Bootkrieg systematisch unterdrückt. So bewerte man in den U-Bootkrieg hinein, der alle Möglichkeiten eines Ausgleichs zwischen den Völkern, Amerika auf der Seite unserer Feinde führte und uns schließlich den Weltfrieden im Verfall brachte. Die Fortsetzung des U-Bootkrieges werden im Ausschussbericht folgen demnach zusammengefaßt:

1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines erfolgreichen U-Bootkrieges sind nicht ausgenutzt worden, namentlich wurde die wirtschaftliche Hilfe Amerikas nicht ausgenutzt in Betracht gezogen.
2. Die abschreckende Wirkung auf die neutrale Schifffahrt ist in Wirklichkeit nicht in dem Maße eingetreten, als vorausgesetzt worden ist.
3. Die Gegenwirkungen militärischer und technischer Art gegen den ungeschickten U-Bootkrieg sind nicht ausreichend gemindert worden.
4. Die militärischen Mittel Amerikas sind völlig unterausgenutzt worden.
5. Die militärische Beteiligung Amerikas am Kriege durch umfangreiche Truppentransporte ist kaum genützt worden, indem man glaubte, daß die U-Boote diese Transporte, wenn es überhaupt dazu käme, hindern würden.
6. Die Frage der ausreichenden militärischen und wirtschaftlichen Hilfe Deutschlands wurde nur im Hinblick auf die nächste Zeit gerührt, aber nicht unter dem Gesichtspunkt, daß im Sommer 1917 ein Frieden nicht erzwungen sein und der Krieg durch den Beitritt Amerikas sich noch auf lange Zeit hingezogen und verheerend hätte.

Der Bericht tadelt die schweren Fehler, die von der militärischen Leitung in der Beurteilung der U-Booteausnutzung gemacht worden sind. Er stellt es als die geschichtliche Schuld der politischen Reichsleitung hin, daß sie in der letzten Entscheidung Deutschlands geschehen ließ, was nach ihrer Überzeugung schädlich war. Der Bericht spart schließlich auch nicht an Tadel für die damalige Reichstagsmehrheit, die für den Verständigungsfrieden nicht zu haben war und die Entscheidung in der U-Bootfrage in die Hände der Obersten Heeresleitung legte. Entschuldigend wird hinzugefügt, daß dem Reichstag die nötigen Informationen fehlten, daß er keine richtige Kenntnis von der militärischen Lage zu jener Stunde hatte und nicht wußte, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen Regierung betrieben worden war. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß im Reichstag schon damals eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden vorhanden gewesen wäre, wenn der Reichstag richtig informiert gewesen wäre und wenn die Regierung ihn vor die klare Entscheidung gestellt hätte, mit Bethmann-Hollweg den Weg des Verständigungsfriedens oder gegen ihn den Weg des Krieges mit Amerika zu gehen. Diese bedingte Verantwortung der damaligen Reichstagsmehrheit ist von den Demokraten Schein und Schindung und vom Zentrumsmann Maxen unterdrückt.

Dem Vizepräsidenten Wilson II. war vorzuziehen worden, daß die Oberste Heeresleitung selbst den U-Bootkrieg als einen letzten Versuch betrachtete, aus einer unmöglichen militärischen Lage herauszukommen. Er wußte nichts von der üblen Lage Deutschlands, sondern schwandronierte darauflos, über die üble Lage, in die Amerika sich gebracht hätte, da es genügt habe, ihm, dem Instrument des Himmel, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen Stöckel anzutun.

Wäre ein Reich, das so regiert war, nicht zu Grunde gegangen?

Waffentoller rechts und links

Die Berliner Freiheit macht über Rüstungen der Militärischen in der Mark Brandenburg ausführliche Mitteilungen, in denen es heißt: Waffentolle werden die Angehörigen der früheren Freikorps auf den Gütern untergebracht, dort in militärischen Verbänden zusammengehalten und für den neuen Umzug bereitgehalten. Hauptleiter für Brandenburg ist Hauptmann Pfeiffer, der Wacker des bekannten Frontbundes, gegen den vor einigen Wochen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, ein Stechbrief erlassen worden ist. Bisher sind im Kreise Arnswalde vier Kompanien Infanterie, mehrere Batterien Artillerie sowie Train-, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen untergebracht, außerdem die Batterie Flotow von der Eisernen Division. Gewehre und Maschinengewehre sind auf den Gütern reichlich versteckt. Auch mehrere Minenwerfer sind vorhanden. Das fehlende Material wird Herr Pfeiffer noch besorgen, da er gute Beziehungen zur Reichswehr hat. Die Freiheit veröffentlicht schließlich einen Befehl des Hauptmanns Pfeiffer über Ausschüttung und Unterbringung der Mannschaften.

Während die unabhängige Blatt auf die Rüstungen der Reichsbolschewisten aufmerksam macht, gibt das Berl. Tagebl. Einzelheiten aus dem Lübecker Generalanzeiger wieder, in denen über eine angebliche Hamburger Geheimorganisation der linksradikalen Parteien Hamburgs für einen bewaffneten Kampf berichtet wird. Danach hat ein Genosse Otto, ein Kämpfer aus dem Ruhrgebiet, seit einigen Wochen die Leitung der Kampforganisation, die in jedem Bezirk eine Kompanie von 30 verlässlichen Parteimitgliedern besitzt, zu denen 150 Mann, auch „Draufgänger“ nicht ganz einwandfreier Art, kommen sollen. Besonders Augenmerk wird auf sofortige Besetzung des Hamburger Hafens mit seinen Lebensmittellagern gerichtet, wofür der jugend auswärts Genossen gesichert sei. Die Kampforganisation der Hamburger kommunistischen Arbeiterpartei sei von den Unabhängigen übernommen worden. In Verhandlungen und Plakaten werde aufgeföhrt, keine Waffen abzuliefern, auch nicht die während der Rapp-Lage an die Unabhängigen ausgegebenen. — Das B. T. bemerkt hierzu, daß die Unabhängigen, falls sich diese Waffentolle bewahrheitete, hier den von ihnen empfohlenen militärischen Abmachungen von Spa entgegenhandeln und der Entente Anlaß zum Einschreiten gegen Deutschland geben.

Eine Berliner Kampforganisation?

Berlin, 20. Juli. Der Berliner Dolanleger veröffentlicht Einzelheiten über die Bildung einer linksradikalen Kampforganisation in Berlin. Unter der Maske von Arbeiterportierclubs hielten allabendlich militärische Arbeiterkompanien Schwarmbewegungen und Panzermanöver ab. Das Blatt berichtet weiter über die Gründung eines Komitees zwischen den linksradikalen und dem republikanischen Führer, das alle Vorbereitungen für den Kampf treffen soll. Die Richtlinien sollen vom Hamburger Komitee zur Vorbereitung des deutschen Generalaufstandes aufgearbeitet werden. Die militärische Leitung habe ein Kader aus Rummels Wimpf, der schon auf Seiten der Bolschewisten gekämpft haben soll. Am Sonnabend habe eine Sitzung der Kampforganisation in Berlin stattgefunden, die sich mit einer intensiveren Vorbereitung in der Reichswehr beschäftigte. Die Propaganda bezog sich vor allem, weitere Waffen für die Stoßtruppe in die Hand zu bekommen.

Neueste Telegramme

Wieder ein Zusammenstoß mit Ententeoffizieren
Eigene Drahtmeldung
Berlin, 20. Juli. Am Bahnhof Charlottenburg kam es heute am Mitternacht zu einem Zwischenfall mit zwei

Die Friedensvermittlung im Osten

In Spa hat Lloyd Georges nach eingehenden Verhandlungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grabki es übernommen, zwischen dem bedrückten Polen und dem unaufrichtigem verdrängenden Sowjetrußland einen Waffenstillstand zu vermitteln. Wenn man gewisse Wardsauer Berichte las, so konnte man es freilich kaum begreifen, warum Polen es mit der Waffentolle so eilig habe. Willkürlich, des Nationalheros, Ruf, rief angeblich Hunderttausende von Freiwilligen unter die Adler-Flaggen. Was es mit dieser Freiwilligkeit auf sich hatte, darüber erfuhren wir allerdings Genoueres durch die aus den nun polnischen Gebieten über die Grenzen stehenden wehrfähigen Deutschen, die man nach allen Regeln altpreußischer Wehrdienst zum Heeresdienst „prehte“. Aber selbst diese Gewaltmaßnahmen scheinen keine Arme auf die Beine gebracht zu haben, der man einen erfolgreichen Widerstand gegen die in Eilmärschen vorrückenden, gut bewaffneten und von streifender Disziplin zusammengehaltenen Roten Truppen zutraute. Somit konnte man nicht begreifen, daß das noch bis vor kurzem bis zur Annahme selbstbewußte Polen sich dazu verstand, Lloyd Georges Waffenstillstandsbedingungen sich zu unterwerfen, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, daß die „Gelben der Ukraine“, die „Kiewstürmer“, die Besiegten sind. Angesichts der ersten Lage an der Front, so heißt es in dem Bericht, den die Alliierten aus Warschau erhielten, setzte Grabki, allerdings nach hartem Kampf mit nationalitätlichen, zum Widerstand bis auf Wessler entschlossenen Kreisen, die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch.

Wie aber stellt sich Rußland zu Lloyd Georges Vorschlägen, die zum Beispiel fordern, daß die Sowjetarmee 50 Kilometer von der in Verfall gesetzten polnischen Grenze ihren Siegesmarsch hemmen. Anfangs hieß es aus

Ententeoffizieren. Zwei Offiziere, ein Oberleutnant und ein Leutnant der internationalen Kontrollkommission, beteiligten sich an dem Es sammelte sich nach einer großen Menschenmenge an und es schien zu Tätlichkeiten zu kommen. Die Sicherheitspolizei wurde herbeigerufen und nahm die beiden Offiziere, die keine Ausweis-papiere bei sich trugen, zu ihrem eigenen Schutz auf das nächste Polizeigebäude, wo sie bis zum nächsten Morgen blieben, bis ihre Identität festgestellt war. Auch vor dem Nachtstapel hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die aber von der Sicherheits-polizei gestreut wurde. Wie wir weiter erfahren, handelt es sich um zwei englische Offiziere. Sie sollen sich in nicht ganz nächstem Aufzuge befinden haben. Sie behaupten, daß ihnen im Verlauf der Affäre Briefkäse und Geld abhanden gekommen seien. Eine Untersuchung der Angelegenheit ist eingeleitet.

Millerand und die Kammer

Eigene Drahtmeldung

Paris, 20. Juli. Die französische Kammer wird nach einer kurzen Unterbrechung ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Ministerpräsident Millerand wird sofort nach Eröffnung der Sitzung Erklärungen über die Ergebnisse der Konferenz von Spa abgeben, besonders über die Beratungen, die die spanische Delegation. Zwei Interpellationen werden die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Millerand wird erklären, daß die Kohlen zwar nicht billiger seien als bisher, daß man damit aber Vorrat für den Sommer haben werde und daß das Entgegenkommen, das man den Deutschen gezeigt hat, nicht im Widerspruch mit der Befreiung von Vorkriegsmitteln und Rohstoffen zum Ausdruck komme.

Die nationale Verteidigung Polens

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 20. Juli. Die polnische Regierung meldet aus Warschau: Ein Erlass der polnischen Regierung ruft alle Männer bis zum 45. Lebensjahre unter die Waffen. Der Landesverteidigungsrat teilt mit, daß das gesamte polnische Eisenbahnnetz der militärischen Oberleitung unterstellt wird. Ein Aufruf des Staatspräsidenten Pilsudski ist nicht von der drohenden Gefahr des Unterganges des Reiches.

Lenins Siegesüberfahrt

Eigene Drahtmeldung

Basel, 20. Juli. Nach einer Meldung des Moskauer Fremden erklärte Lenin in einer Rede in Moskau, der Siegesmarsch der roten Armee sei nicht mehr anzuhalten und werde eine neue weltgeschichtliche Periode einleiten. Der Bolschewismus werde sich jetzt über ganz Mittel- und Westeuropa verbreiten. In den eroberten polnischen Städten hätten die Einwohner die rote Armee mit Begeisterung begrüßt. Der russische Außenminister Tschitscherin erklärte, es sei für die Wiederanfertigung des alten Rußlands nötig, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu haben. Die Offensiv gegen Polen werde nur dann ihr Ende finden, wenn dieses Ziel erreicht sei.

Französische Offiziere für Polen

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 20. Juli. Alle französischen Offiziere in Polen haben Befehl erhalten, sich der polnischen Militärbehörde zur Verfügung zu stellen.

Millionenschiefungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. Juli. Die Amtsinhaber sind umfangreichen Schiefungen auf die Spur gekommen. Die Beamten des Reichsfinanzministeriums für Aus- und Einfuhrkontrolle in Berlin sind gegenwärtig in Untersuchung. Es handelt sich um Schiefungen, die den Millionenwerte in Frage kommen. Mehrere Verhaftungen sind in Berlin und Köln vorgenommen worden.

Spa aus „gut unterrichteten Kreisen“, die Waffentolle hätten Lloyd Georges Nachricht gegeben, sie nähmen seine Vermittlung an. Daraus, daß sie einen Stillstand ihrer Operationen ins Auge faßten, war aber aus den Heeresberichten vom Osten nichts zu merken. Und jetzt erfährt man, daß, wenn überhaupt eine Antwort von Moskau an den englischen Botschafter kam, diese ganz anders lautete, als zuerst vermutet wurde. Rußland erklärte, zum Frieden bereit zu sein, erst aber müßte Polen selbst den Wunsch danach bei der Sowjetregierung ausdrücken. In ungewisser Weise verdrängen sich die Männer von Moskau jede Einmischung der Entente.

Das ist eine glatte Absicht, die „die Herren Europas“ erleben. Wie sie darauf reagieren werden, ist noch nicht sicher. Zwar weisen französische Mütter darauf hin, noch sei Polen nicht verloren. Warschau, in das Trost angeht als Triumphtor einzuziehen wünsche. Hege nach weit ab von der Front. Das aber ist ein Trost, der mit jedem Tage billiger wird. Ob die Alliierten noch Zeit haben, Polen ausreichende Hilfe zu bringen? Wahrheitsgemäß nein, zumal den französischen Truppen, deren Marsch nach Polen ja längst angekündigt wurde, der kürzeste Weg durch Deutschland verfallen ist. Denn unsere Eisenbahnen haben ja erklärt, den Versuch, Entente-Truppen durch Deutschland nach dem Osten zu befördern, würden sie mit dem Generalstabsbeamten.

Es wird der Entente nichts übrig bleiben, als ihren Schicksal, der die rote Flut von Westen Europas ebenfalls sollte, auf bessere Zeiten zu vertrauen und ihn im übrigen seinem Schicksal und Rußland zu überlassen. Das bedeutete die Bolschewisierung des Landes. Immer wieder aufführende kommunistische Unruhen, namentlich in den Randgebieten Polens beweisen, daß der bolschewistische Gedanke, unermüdet durch den raschenden Ruf, läßt auch unter dem Abgelassen des weißen Adlers sich eingemietet hat. Wenn es soweit käme — und im Echo de Paris wird dieser Gedanke

Von dem Stande der Dinge: — In Deutschland der einzige...

Der rote Vormarsch

Kopentzen, 17. Juli. Der Vormarsch der Bolschewisten...

Das resignierende Frankreich

Paris, 19. Juli. Eine halbamtliche Mitteilung im...

Die Ukrainer gegen Polen

Warschau, 19. Juli. Der ukrainische Präsident Petruschko...

Amerikanische Kohle für Frankreich

Paris, 19. Juli. Nach Meldungen aus New York sind...

Italien und Südtirol

Wien, 19. Juli. Es wird berichtet, daß die in Italien...

Südtiroler Uebergriff

Wien, 19. Juli. Nach einer der Landesregierung zugegangenen...

Die Lage in Persien

Paris, 19. Juli. Nach einer Kabelmeldung aus Teheran...

Innsbruck unter italienischer Besatzung

Von Dr. Rudolf Friedmann

Der auffälligste Zug des Innsbrucker Straßenlebens ist...

Innsbruck ist heute eine halb italienische, besser halb internationale...

Das ganze Charakteristikum des Innsbrucker Lebens ist...

Die Times melden aus Teheran: Die englische Militärmission...

Durch Armenien zu Mustafa Kemal

Teheran, 19. Juli. (Havas.) Da die armenische Regierung...

Ein Sonderabkommen der Alliierten

Spa, 17. Juli. (Reuters.) Zwischen Italien, Japan, Belgien...

Artikel 1 bestimmt, wie die Summe, die von Deutschland...

Artikel 2 besagt: Die als Wiederergänzung von Österreich...

Artikel 3 lautet: Die alliierten Regierungen werden untereinander...

Artikel 4 umschreibt die Schätzungsweise für die Schiffe...

Artikel 5 bezieht sich auf die Leichterfahrzeuge, auf Schwimmbojen...

Artikel 6 gewährt Italien als Priorität vor allen anderen...

Artikel 7 behält die Rechte Polens gemäß den Verträgen...

Artikel 8 weist die Rechte der Länder die Befehle vor dem...

Artikel 9 weist die Rechte der Alliierten auf die Rechte...

Artikel 10 bestimmt, daß die Frage der gleichmäßigen Festlegung...

Minister Simons über Spa

Berlin, 19. Juli. Minister Dr. Simons hat im Voraussender...

Nebengehend zu der Frage der Konferenz in Genf führte...

reichliche Soldaten, noch den kühnsten Entschloßenen, sich...

Selten gemahnt ist die österreichische Uniform; vereinigt...

Wann von „Vollentlichtern“. Es müßten in dem...

Stimmen der Entente-Press

Sehr begeistert klingen die Schlussverhandlungen der französischen...

Der Nouvelliste de Spa, der bisher eine besonders scharfe...

Ein neutrales Urteil

Wien, 19. Juli. In dem Ergebnis der Verhandlungen in Spa...

Ausländische Gesandtschaften in München

Paris, 20. Juli. Von ausländiger Seite wird berichtet, daß...

Das Leben flutet in hohen Wogen durch Innsbruck. Der...

Aus der Hauptstadt Wien kann der Ausländer und damit auch...

Wer jedoch diese Hindernisse überwinden darf, der kann gerade...

Die Innsbrucker Straße entlang, wo sich die südlichste...

Die Wiederherstellung der Beziehungen zu Bayern auf den Verhandlungen der Kriegszeit aufbauend.

Trotz aller gegenteiliger Versicherungen aus Paris kann die Errichtung besonderer Gesandtschaften in München seinen andern Zweck verfolgen, als die separatistischen Reaktionen Bayerns zu stärken.

Deutschland verlangt Schadenersatz von Oesterreich

Wien, 20. Juli. Die Anbahnung des für Deutschland bestimmten Oeldes und Gemäles aus Ungarn durch den Wiener Kreis-Abwehrer hat die österreichische Regierung in große Verlegenheit gebracht.

Nur Pflichterfüllung

Berlin, 20. Juli. Zu der Beschlagnahme von Oel- und Gemäleschiffen durch den Wiener Arbeitererrat schreibt die Presse: Der Arbeitererrat verweigert die Freigabe der Transporte zur Versorgung nach Deutschland.

Sufjar und die christlichen Gewerkschaften

Der A. P. W. wird gefeiert: Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Haag erschien am dritten Sonntag an der Spitze einer ungarischen Delegation der ehemalige ungarische Ministerpräsident Sufjar.

Sächsische Volkstammer

140. Sitzung. Montag den 19. Juli 1920.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Prädorski kurz nach 8 Uhr abends eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen mehrere kleinere Besprechungs- und eine Anzahl Kapitel des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplans.

Relief eines Verbotes über das Lotteriespiel. Finanzminister Dr. Reichhold erklärt, daß die Regierung im Prinzip dem Grundgedanken des Antrages unparteiisch gegenüberstehe. Wenn er aber gleichwohl bitte, ihn zurück abzulehnen, so deshalb, weil mit dem Verbot des Lotteriespiels der Spielverlust...

Die Flucht aus der U. S. P.

Der Vorsitzende der Roblener Ortsgruppe der Unabhängigen, Röhne, hat seinen Austritt aus der Unabhängigen Partei erklärt. Seinen Schritt begründet er mit einer Zuschrift, die er seinem Roblener Parteivorstand zur Veröffentlichung überbrachte.

Die Zustände innerhalb der Roblener Ortsgruppe der U. S. P. sind in den letzten Wochen so unheilbar geworden, daß jeder flammende Wille Arbeiter sich mit Wägen davon abwendet. Die Verhältnisse der Diktatur des Proletariats, wie sich die Spitze des Vorstandes mit Vorliebe nennen, sind nicht im geringsten mäßig, diesem Proletariat die wahre Bestimmung zu geben.

Wenn wir dann auf Neuerungen verschiedener unabhängiger Arbeiter zurückgehen — (Freiwillig: In Kürze werden wir vor der Notwendigkeit stehen, die Frage in der Regierung mit zu ergreifen, um die Stunde der Tat für die Arbeiterklasse zu sein.) — so haben sie im direkten Gegensatz ihrer heutigen Taten bei der Regierungsdiktatur. Das ist Verrotten der Arbeiterklasse.

Nach Schröder, Reichle und so vielen anderen, die in der Flucht die U. S. P. verlassen, daß es so nicht weitergehen, folgt nimmermehr der Roblener Röhne. So heißt die Proletariat der Unabhängigen selbst Mitglieder ab, die in der bisher an herborragender Stelle sitzen waren.

Deutscher Hilferuf aus Soldau

Rönsberg, 19. Juli. Mehr als 1500 deutsche Männer, die aus dem Soldauer Gebiete in den letzten Wochen flüchteten, ihre Angehörigen, Haat und Gut verlassen mußten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Grenzgebiet zu entgehen.

Deutsches Reich

Haenisch und die Studenten

Wie aus Berlin berichtet wird, hatte Minister Haenisch vor einigen Tagen in einem Artikel in der Nationalzeitung über die Verwirrung unserer politischen Sitten u. a. von einem „seligen Rembrandt der Vorurteile“ auf den 15. Arbeiterkongress in Thal gesprochen.

Judenhege im Ostseebad Cranz

Im Ostseebad Cranz hat sich gegen einen Teil der Kurgäste eine Agitation entfaltet, die sich als eine ganz gesundheitliche Judenhege äußert. Der Agitator wird für namentlich, wie die A. P. W. hören, von Ausländern, das heißt von baltischen Baroncn, denen der deutschstämmige Schwund zur Seite steht und der fernerseits die Schulung vorzieht.

Reichskonferenz der gewerblichen Bankangestellten

Die Vertreter der im Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten, Sectionen in allen, organisierten gewerblichen Bankangestellten (Kassenbeamten, technischen Personal usw.) hielten Sonntag den 11. Juli in Berlin eine Reichskonferenz ab. Es waren die Vertreter sämtlicher Gauen erschienen, die 112 deutsche Bankläge betrafen.

In der Verpflegung der Angehörigenbewegung Regt. Die überaus zahlreiche Besetzung dieser Reichskonferenz, welche bereits die erst seit Ende 1918 bestehende Section Kassenbeamten des Allgemeinen Verbandes hat.

Die Wochenschrift der Arbeiterbewegung Regt. Die überaus zahlreiche Besetzung dieser Reichskonferenz, welche bereits die erst seit Ende 1918 bestehende Section Kassenbeamten des Allgemeinen Verbandes hat.

Aus aller Welt

Arbeiterjugend, befreit das Hamburger Heine-Denkmal

Das unüßig von alldeutsch-antifeministischer Hand besetzte Denkmal Heinrich Heines in Hamburg, um dessen Reinigung sich kein Mensch gekümmert hat, ist in den letzten Nächten bis auf geringe Reste gereinigt worden.

„It's all over“ „Ja, ein Bimer, Bärjen, Kappen, Bim und Petroleum“ „Ja, denn man los!“ In der Spitaler Straße war das geschäftliche Leben nicht gestanden und matt flutete der gewaltige Pulsschlag der Großstadt, dem Heine so sehr verwachsen ist.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

„Gut mal ein bittren Bim her!“ rief Verbinand, und dann wurde zum Petroleum noch ein Glaschen dazu, damit es besser schmeckt. Kimmlich kam schon ein blaßes Gesicht her, so daß wir traueten, es müßte.

Die bisher in der Grenzverwaltung...
Geschäftsaufhebung...

Ung. Ortskrankenkasse
Körschenbroda...

Sparkasse Colchütz
im Ratibors...

Todesanzeige
Dorburg die treue...

Wid. Hilda Kogler geb. Hamisch
Berufung...

Ungeahnte
Erwerbs-Möglichkeiten...

geschulte Kräfte gesucht
mit Angewandter...

Salonmöbel
oder andere...

Maurerpolier
mit Fach...

Wasserbetten
mit Feder...

Fahrräder
mit Motor...

Trauringe,
Schneidmadeln...

Der Mat in Dresden.
Flora-Theater...

Der liebe Augustin.
Hart und Mein...

Wahlrecht
Kehr-Wieder...

8 Versandhaus 8
Freiberger Platz...

Vor und in
Ehe...

Trauringe
Schmidt, Qual...

Nähfaden
1000 Wtr. 12 Wtr.

H. Richter
Lehrer...

Schneidmadeln
mit Silber...

Emalle
Aluminium...

Bett- u. Silb...
Cloth...

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Dresden...

Halbjahrs-Hauptversammlung
Zweckordnung...

Sommerfest
Tennertag...

Volkswohl-Theater
deutsches...

Ball-Anzeiger
für Mittwoch...

Ball-Bau-Ball
ist einzig...

Chemnitz Str. 107
Eisenwaren...

Wilder Mann
Endstation...

P.T. Lichtspiele
Palast-Theater...

Das Lied des Narren
Zensur...

Lottes Liebesdoktor
Lotte Dawis...

Führer für Bilatreunde
Volksausgabe...

SARRASANI
Morgen Mittwoch...

Sächsischer Prinz
der beliebte...

Ballhaus zum k...
Schlachthof...

Fata-Morgana-Lichtspiele
Spielplan...

Verkaufe
Zigaretten...

Entferne
Lätowierungen...

Spülapparate
Frau Heusinger...

E. Milchior
Dresden-A...

Zeitungen
Papierverwert...

Volksbuchhandlung
Dresdner Volkszeitung
Die Reform der Gemeindegesetzgebung
Fruchtbare Arbeit
Religion Bürgertum Arbeiterschaft
Es fauft das Rad
Die Drahtverhau des Lebens
Wettinerplatz 10
Filialen: Albertplatz 10 - Gerokstraße 57
Schandauer Straße 9b

In die Unterbezirke Offachsens!

Werte Genossen! Einige Unterbezirke des Agitationsbezirks Offachsens haben ihre Abrechnungen noch nicht an das Bezirkssekretariat eingeleitet. Es ist dringend notwendig, daß dieses bis spätestens den 24. Juli erfolgen muß, wenn wir eine ordnungsgemäße Geschäftsführung beibehalten wollen. — Ich bitte nochmals, den Termin (24. Juli) bestimmt einzuhalten.

Mit Parteigruß
Der Bezirksvorstand, Max Pinkert.

Das Vogtland beim Festfeiern

(Von unserm Sonderberichterstatter.)

Bad Elster, 18. Juli 1920.

Der erste Tag des vogtländischen Heimatsfestes im strahlenden Bad Elster verlief in mehr als prägnanter Weise. Denn das von weiter dem Festplatz im Freien (Kornma und Dorst) einen so herrlichen äußeren Rahmen gebend, war mehr, als die Veranstalter zu erwarten gelangt hatten. Dies Bild wird allen unvergänglich sein. Man tritt aus dem schweigenden Walde in eine Lichtung und sieht schwebend gebannt am Fiedel: ein lautes ansehendes Festspieltheater, umfäumt von Tannen und Eichen — und ringsum eine sommerlich erquickte Menge, ein Meer von Herzen und Harmonie in Klang der goldenen Nachmittagsstunde.

Vor diesem seltenen Parterre lag Apotheker Ringner, der geschickte Vorpost der Vogtländer, seine Vorbereitung von Mäxchen die verändernde Dichtung in Form bunter, lebender Bilder aufzuführen. Die Mäxchen des Festtheaters brachten die Goethe-Ringnerische Werke und viel Woll mit Woll und Wogen, mit Dichtungsformen und Emotionen füllten die Bilder. Es war ein ganz vogtländischer Gedanke, und erschien eine gute Absicht auch dem, der nicht, wie unter Vorpost, der Meinung ist, daß Goethes Dichtung gerade zwischen Kopf und Fuß steht. Immerhin war es sehr interessant, zu sehen, wie Ringner mittels ein paar alter Holzbohlen und deren Schrägen im Takt der die Bilder verband, Beweise zu führen suchte. Dem froh mitgehenden Publikum genügt es, so laut, und froher selbst tief Vorsteller, Volk und Dichter wiederholt vor die rechte Seite.

Vorher hörten wir das Fiedelkonzert mit Werken von Julius Bahner, Platen, Paul Weller, Untermyer, Rudolf Weber, Max Reger, Alfred Wolf, Platen, Paul Weller, Platen, Ernst Hildebrandt, Platen, Paul Hertz, Platen, — alles brave, stellenweise bemerkenswerte und beachtliche Kompositionen, die gefordert wurde von der Einseitigkeit des Kammerorchesters. Nebenbei, einem guten Ecks, dem die Kapelle des Dresdner Philharmonischen Orchesters nahe und Klang gab und das dem dirigierenden Komponisten christlichen Volk brachte. Diesen Bewußtsein lag das große Publikum sehr annehmend, was im Interesse der mitwirkenden vogtländischen Mäxchen (Eisabell Hildinger, Gudrun Sannegleher, Glicke Schlimmer, Walter Kraus, Paul Hertz, Otto Hübner, Gerd Hermann, Hermann Gerner, Hermann Kraus, Arter Hübner, Julius Watter) sehr zu bezaubern war.

Den Tag beschloß ein literarischer Abend, der mit Dichtungen vogtländischer Dichter beendete: Marie Sorge, Alfred Schell, Kurt Arnold Hildebrandt, Rudolf Deubner, Erna Prachnowski, Ose Prachnowski, Gottfried Becker, Karl Hildebrandt, Gudrun Grimm, Emil Scherer, Hans Ehrlich, Georg Schöner, Anna Woll, Gertrud Dietrich, Erich Schellert und Reinhold Köhler kamen zu Worte. Der Erfolg für das vogtländische Schrifttum wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht, wie auch beim Fiedelkonzert, das Programm nur zu sehr überladen gewesen wäre. Ueber dieses morgen mehr.

Ein vogtländischer Dichter- und Schriftsteller-Abend

Bad Elster, 19. Juli 1920.

Welcher wäre mehr gewesen! Das war der Ausklang meines Berichtes über diesen Abend. Er befaßte im übrigen, daß unsre von unsinnigen gesellschaftlichen Zeit keine Seele mehr hat, daß sie ihr Eigenes und ihre Ruhe in sich selbst eingekerkelt hat. Seltenes Wiedersehen findet das in dem Fiedelkonzert, die, wie die Dichter und Schriftsteller des Vogtlandes, mit dem pulsierenden Leben der Welt verbunden sind, so gerade dort den Schatz ihrer Schöpfungen zu zeigen.

Und schließlich: was war an Worten vogtländischer Dichter im Rahmen des Heimatsfestes hören, zeigte uns sozialen Einflusses, welches, daß die Sorge, Hertz, Hildebrandt, Deubner u. a. aus der Blumen-Ordnung Pflege nicht ihre Kräfte vergebend in unfruchtbareren Forderungen, nicht in der schwächenden Romanistik des Heimatsfestes in die verlorene Vergangenheit. Sie haben sich mit der Natur und treuen einige Tugend aus dem Vogtland Wald, Wiesen, Brunnen und Quellen. Sie bestimmen sich — oft mehr als Überflüssig gut ist — zu ihrer Heimat, verstehen die Wieder ihrer Abwesenheit und sind fern dem Glauben und Naturgesetzen ihres Heimatslandes. R. A.

Sächsische Angelegenheiten

Reform staatlicher Betriebsverwaltung

Der Volkskammer ist ein Gesetzentwurf über den Haushalt der bergbauischen und gewerblichen Unternehmungen des Staates zugegangen. Danach sollen die wachsenden Unternehmungen des Staates, wie der Forsten, der Kohlenbergwerke usw., im Haushaltsplane nicht nach der sozialistischen Durchführung, sondern als selbständige Unternehmungen nach kaufmännischer Durchführung geführt werden, so daß der wirkliche Ertrag oder Verlust dieser Unternehmungen genau ermittelt werden kann, was bei der sozialistischen Durchführung nicht der Fall ist. Dieser Gesetzentwurf wird vielleicht nicht allseitig Arbeit machen. Anders bei dem zweiten Gesetzentwurf, der die Verstaatlichung einzelner Kohlenwerke betrifft. Der grundlegende Entwurf lautet:

Der Staat ist befugt, zum Wohle der Allgemeinheit das Eigentum an Stein- und Braunkohlenwerken, soweit sie im Gebiete des Landes Sachsen gelegen sind, gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Die Übernahme kann auch erfolgen, wenn der Betrieb des Bergwerks vorübergehend oder dauernd eingestellt ist. Vom staatlichen Kohlenbergbau wird ausgenommenes Kohlen-Unterirdisches, das zu keinem Kohlenbergwerk gehört, steht einem außer Betrieb befindlichen Bergwerk gleich. Zu dem Bergwerke gehören alle Erden und Rechte, die mit ihm eine wirtschaftliche Einheit bilden, auch soweit sie nicht dem Eigentümer des Bergwerks gehören.

Der Eigentümer, und wenn das Bergwerk nicht vom Eigentümer betrieben wird, der Bergwerksunternehmer oder Wächter kann innerhalb eines Monats nach der Übernahme des Bergwerks durch den Staat verlangen, daß darüber hinaus solche ihm gebührende Erden und Rechte zu übernehmen werden, die bei einer Abtrennung von ihm nicht mehr mit Vorteil benutzt werden könnten.

Dieser Entwurf erfordert eine sehr genaue Prüfung; er wird vielleicht vor der Verlesung noch die erste Lesung vollziehen, damit er wenigstens einem Ausschusse überwiesen werden kann. Mit Sozialisierung aber hat er nichts zu tun.

Mit dem Religionsunterricht

hat sich auch die dieser Tage in Dresden abgehaltene Landeskonferenz befaßt. Auf dieser Tagung haben die Religionspädagogischen auch darüber geäußert, daß die Lehrer des Religionsunterrichts im orthodoxen Sinne mehr erziehen wollen. Natürlich weitestens die frommen Lehrer — Theologieprofessoren und Pastoren — in der einmütigen Ver-

urteilung der Lehrerschaft. Müssen wird ihnen das aber wenig selbst wenn sie sich in der Verlegenheit auf die Reichsregierung zu stützen versuchen. Auch mit dieser kann ein Religionsunterricht aller Art nicht mehr erreicht werden, wenn die Lehrer nicht mehr mitmachen wollen. Man betriehe sich auch auf die Eltern, die den Religionsunterricht wünschen, vermag aber beizufügen, daß das doch nur ein Teil sei, während der größte Teil der Bevölkerung gewiß durchaus damit einverstanden wäre, wenn der orthodoxe Religionsunterricht, der mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung im schroffen Widerspruch steht, durch einen zeitgemäßen Moralunterricht ersetzt werden würde.

Wuchergebühren beim Kartoffelhandel

Schwere Anklagen gegen die Reichskartoffelstelle hat in der Sitzung der Stadtordneten Bürgermeister Zwillingenberger in Jitta erhoben. Es seien ihm folgende Preisveränderungen in die Hände gefallen: Lieferung von 100 000 Zentner polnischer Saatkartoffeln durch die Firma Küster u. Heldt im März und April 1920: Grundpreis 20 M., Gebühren für den polnischen Kommissionär 2 M., Saatzuschlag 3,75 M., für die Zentralgenossenschaft 30 Pf., für die Reichskartoffelstelle 40 Pf., Gebühren für den inländischen Kommissionär 2,75 M., Abnahme- und Abrechnungsgebühren 2 M., Kartationsgebühren 55 Pf., zusammen 31,75 M. Bei einer weiteren Lieferung polnischer Saatkartoffeln wurden an Gebühren für den inländischen Kommissionär 4 M. berechnet, so daß der Zentner im Mai und Juni für 33 M. berechnet wurde, doch wurden im Juni diese Kommissionärgebühren wieder auf 2,75 M. herabgesetzt. Das sei, so erklärte Bürgermeister Zwillingenberger, glatter Wucher. Bei einer Gebühr von 2,75 M. für den Zentner — soviel habe der Zentner Kartoffeln im Frieden gekostet — bediente allein der inländische Kommissionär auf die Lieferung von 100 000 Zentner 275 000 M. Der Jittauer Kommissionär erhalte nur 10 Pf. Vermittlungsgebühr. Bürgermeister Zwillingenberger bezeichnet diese Gebühren als Skandal.

Verweigerung der Lohnzahlung an die Offsahrer

Die großen Arbeitgeberverbände haben feinerzeit dem Deutschen Schutzbunde — der Organisationszentrale für die Volkswirtschaften — die Zustimmung gegeben, daß allen den Arbeitnehmern, die zur Ausübung ihres Stimmrechtes die Fahrt in ihre Heimat nach Ost- und Westpreußen unternehmen würden, der dazu notwendige Urlaub unter Verweigerung von Lohn bzw. Gehalt durch ihre Arbeitgeber bewilligt werden würde. Wie nun die Geschäftsstelle für Volkswirtschaften in Leipzig der Presse mitteilt, weigert sich neuerdings die Mehrzahl der Arbeitgeber, diese Forderung zu erfüllen, das heißt den Lohn für die Zeit der Reise zu zahlen, und zwar sind es gerade die großen Firmen. Dringende Schreiben, die die Geschäftsstelle an die einzelnen Arbeitgeber gerichtet hat, sind zum größten Teil unbeantwortet geblieben. Ein anderer Teil weist darauf hin, daß — wie bei der Abstimmung in Schlesien — sechs Tage Urlaub und Lohnzahlung wohl genügen, und daß dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden könne, für eine vierzehntägige Vermögensreise aufzukommen. Die Geschäftsstelle weist dann nach, daß infolge der Preisverhältnisse bei vierzehntägiger Abwesenheit von einer unangenehm Urlaubverlängerung nicht die Rede sein könne und daß die „Grenzspende“ den Anfall tragen werde, da der Arbeitnehmer keinen Schaden erleiden dürfte. Für die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien könnte allerdings das Verhalten der Arbeitgeber die schwerwiegendsten Folgen haben. Denn diese abstimmungsbedürftige Arbeitnehmer, die in Leipzig wohnhaft sind, würden es sich überlegen, ob sie die Fahrt unternehmen sollen, wenn sie nicht die Gewissheit haben, daß sie dabei keine materielle Einbuße erleiden.

Die Entwicklung des Siedelungswesens

Die Landesförderungsstelle in Dresden hat vom November 1916 (seit ihrer Gründung) bis 30. Juni 1920 2,9 Mill. Mark zum Erwerb von 589 Wohnstätten gegeben, ferner 500 000 M. zum Erwerb von 102 Wirtschaftsheimstätten. Außerdem hat sie 2,2 Mill. Mark hergegeben zur wirtschaftlichen Stärkung der betreffenden Industrien, insgesamt in 583 Fällen. Drei dringende Anträge wurden abgelehnt, ein Teil an außerstaatliche Behörden abgegeben, ein anderer Teil befindet sich noch in der Beratung.

Gegen die Unternehmer-Sabotage!

Der Rechtsausschuß der Volkskammer hat zu dem Antrage Arzt (Soy) auf Schaffung eines Ermächtigungsgesetzes für den vorübergehenden Eintritt der Bundesstaaten in die Rechte der Eigentümer von landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betrieben Stellung genommen und stellt folgenden Antrag:

1. Die Staatsregierung aufzufordern, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich ein Ermächtigungsgesetz zu beschaffen, wonach den Regierungen der Bundesstaaten das Recht gegeben wird, vorübergehend in die Rechte der Eigentümer von landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betrieben, einschließlich der Bergwerke, einzutreten, wenn die rechtmäßigen Besitzer ohne ausreichenden Grund ihre Betriebe stilllegen lassen oder einschränken.

2. Die Eingaben des Verbandes Sächsischer Industrieller und der Vereinigung der Verbände Sächsischer Metallindustrieller in Dresden durch den Reichstag unter I für erledigt zu erklären.

Den Anlaß zu dem Antrage Arzt hat bekanntlich der Fall mit den Pulverfabriken in Chemnitz gegeben.

Der Volkskammer

ist eine Ergänzung zum Staatshaushaltplan für 1920 zugegangen, ferner ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen der Behörden im Bereiche des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums sowie ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Vereinnahmung von Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen und Anstalten von der Krankenversicherungspflicht vom 6. April 1914.

Das Porzellangeld abgelehnt

Wie das Leipziger Tageblatt von zuständiger Seite erfährt, ist der Gedanke, den Mangel an Kleingeld durch Ausgabe von Porzellangeld zu beheben, völlig fallen gelassen worden. Die zuständigen Stellen sind der Ansicht, daß das Porzellangeld für den Verkehr absolut unpassend ist und als Kleingeld nicht in Betracht kommt. Auch das Gutachten der Reichsbank in gegen die Verwendung des Porzellangeldes ausgesprochen. — Zur Sache soll das Reichsministerium jedoch als Kleingeld eingeführt werden.

Sächsische Schlichtungsinstanzen

Auf Grund des Reichsgesetzes über die Schlichtungsausschüsse wird, wie wir von zuständiger Stelle hören, ein Apparat von drei Instanzen in Sachsen gebildet werden, dessen Konstruktion ähnlich der der Gerichte sein wird. Der Unterbau sind die Bezirksschlichtungsausschüsse, von denen je einer auf eine Kreishauptmannschaft entfällt. Ueber diesen Schlichtungsausschüssen steht als Berufungsinstanz der Landes-Schlichtungsausschuß. Die letzte Instanz, der auch die Revision der vorher gefassten Beschlüsse und Sprüche obliegt, ist der Reichsschlichtungsausschuß. Die einzelnen Schlichtungsausschüsse werden paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt sein.

Verbraucherkammern

Während für den Handel in den Handelskammern, für das Handwerk in den Gewerkekammern, für die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern und für den Kleinhandel teilweise in Detailhandelskammern öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen geschaffen sind, fehlten solche bisher für die in keine dieser Gruppen hineinpassenden gemeinnützigen Konsumgenossenschaftsbetriebe. Vieles waren und sind sie gezwungen, Beiträge zu den bestehenden Kammern zu leisten, die sich dafür ihre Bekämpfung angelegen sein lassen. Deshalb haben sie seit Jahren mit Nachdruck, bisher aber nur mit geringem Erfolg, eine eigene Interessenvertretung gefordert. Am 9. Juli hat nun die Hamburger Bürgerkammer ein Gesetz beschlossen, das den Wünschen der Verbraucherorganisationen in vollem Umfange Rechnung trägt: es wird eine Kammer der Verbraucher gegründet, deren Zusammensetzung für eine wirklich sachverständige Erleuchtung ihrer Aufgaben Gewähr leistet. Sie wird in gleicher Weise wie die schon bestehenden Kammern arbeiten.

Auch in Sachsen ist ein Gesetzentwurf für Einsetzung von Verbraucherkammern in Vorbereitung.

Zur Behebung der Wohnungsnot

Zur Behebung der Wohnungsnot hat die sächsische Regierung den Haushaltungsausschuß A ermächtigt, 50 Millionen Mark zu bewilligen. Das Geld soll später durch eine zehnprozentige Mietsteuer aufgebracht werden.

Chemnitz. Zur Vermehrung von Lebensmitteln haben die Rat in seiner letzten Sitzung beschlossen, neben der Preisprüfstelle noch einen besonderen Ausschuss zu bilden, der sich aus Mitgliedern der sächsischen Kollegien sowie aus Händlern und Verbrauchern zusammensetzt. Bei auftretenden Schwierigkeiten auf dem Warenmarkt soll der Ausschuss beratend und ausgleichend eingreifen.

Geyer. In den letzten Tagen vor dem Ferienbeginn fand eine Untersuchung der Schulkinder statt. Dabei wurden sämtliche Knaben (431) und sämtliche Mädchen (333) gemessen und gewogen, und darauf erfolgte ein Vergleich der ermittelten Zahlen mit den Normalzahlen für die verschiedenen Lebensjahre. Es stellte sich heraus, daß nur 74 Mädchen und 47 Knaben, also 13 Prozent, ein Gewicht über die Normalzahlen aufwiesen, 87 Prozent unfrei Schulkinder sind also unterernährt.

Bayern. Auch hier machen sich Bestrebungen zu einer gewalttätigen Senkung der Lebensmittelpreise geltend. Auf dem letzten Wochenmarkt haben sich Erwerbslose und Frauen gesammelt und erhoben an den Ständen Protest, wo Preisüberschreitungen vorfanden. Einzelne Gruppen suchten auch die Ladengeschäfte auf und suchten dort die Lebensmittelpreise herabzubringen.

Stadt-Chronik

Der Botaniker

Im deutschen Blätterwalde
Erflingt ein Saufen schwer,
Ueber die grüne Halde
Kommt Hugo Stinnes her.

Er ruft sich allerorten
Die schönsten Blätter aus,
Schon quillt aus seinen Händen
Ein riesengroßer Strauß.

Ihr Blätter rings im Walde,
An Bäumen und Gesträuch,
Seid still! — Denn balde, balde,
Pflückt er auch euch!

Peter Michel

Die neuen Steuern

Deutschland hat auch in der Steuergesetzgebung nicht die Freiheit eigenen Handelns, auch hier bestimmen die strengen Feinde. In dem Fiskusvertrag von Versailles steht der inhaltschwere Satz:

„Das deutsche Steuersystem muß ebenso schwer sein als dasjenige irgendeiner der im Ausschuss der Alliierten vertretenen Mächte.“

Das bedeutet, daß Deutschland auch indirekte Steuern im gleichen Verhältnis wie die Entente-mächte erheben muß. Frankreich, Belgien, Italien erheben sehr hohe und sehr drückende indirekte Steuern. Unsere Parteigenossen haben es im Reichstag durchgesetzt, daß unsere indirekten Steuern ihre bössartige Wirkung als Kopfsteuern verloren haben, daß sie progressiv gehalten wurden. Dafür nur einige Beispiele: Für die im Preise niedrigst liegenden Zigaretten beträgt die Steuer noch nicht einen Pfennig für das Stück, für die Prehmart-Zigaretten beträgt die Steuer 1,60 M. Demso steigt bei den Zigaretten die Steuer von den billigsten bis zu den teuersten Sorten von 1 M. bis 30 Pf. für das Stück. Beim feingeknickten Rauchtabak beträgt der Steuerantrag für die billigsten Tabaksorten 1,50 M. für das Pfund, bei den teuersten Sorten 30 M. Beim Weisentalabak richtet sich der Steuerantrag für das Pfund von 50 Pf. bei den billigsten Sorten auf 4,50 M. bei den teuersten. Die Umsatzsteuer ersetzte die allgemeinen Umsätze mit 1 1/2 Prozent des Wertes bei jedem Umsatz. Aber diese Steuer erhöht sich auf 15 v. D. bei allen Umsätzen von Luxuswaren, wie den teuren Möbeln, Schmuckstücken, feinem Porzellan usw., so daß der Konsum der breiten Massen nur ein Zehntel der Steuer zu tragen hat, wie der Luxuskonsum der Reichen und Reichsten.

Wie sind die direkten Steuern verteilt, die aus Einkommen und Vermögen bezahlt werden müssen? Seit einigen Wochen werden den Gehalts- und Lohnempfängern Abzüge gemacht.

Der zehnprozentige Steuerabzug hat Erbitterung ausgeleitet, zu Abwehraktionen geführt. Das ist nur zu gut zu verstehen. Trotz der Zerschlagung, der

